



# **UNS GEHT'S UM NIEDERSACHSEN. BESCHLUSSBUCH**

LANDESPARTEIRAT DER SPD NIEDERSACHSEN  
30. MÄRZ 2019 | HANNOVER

1

2 **1. Arbeit und Soziales..... 3**

- 3 1.1. OV Helmstedt – Öffnung der gesetzlichen Krankenversicherung für Beamtinnen und Beamte  
4 des Landes..... 3
- 5 1.2. Bezirk Nord-Niedersachsen - Übernahme eines Arbeitgeberanteils an den Beiträgen zur  
6 gesetzlichen Krankenversicherung von „freiwillig“ gesetzlich versicherten niedersächsischen  
7 Landesbeamten\*innen ..... 3
- 8 1.3. UB Delmenhorst und Jusos Delmenhorst - Einführung einer Kindergrundsicherung ..... 4
- 9 1.4. OV Rautheim – Gute Leute-Gute Arbeit-Gutes Geld..... 5
- 10 1.5. OV Heemsen – Digitalisierung in der Arbeits- und Lebenswelt – Rechtliche  
11 Sicherungsmaßnahmen ..... 7

12 **2. Bildung ..... 9**

- 13 2.1. OV Himmelsthür - „Die Verbesserung der Qualität in unseren Kindertagesstätten ist uns  
14 wichtig und eine Herzensangelegenheit“ ..... 9
- 15 2.2. AfB Niedersachsen – Verpflichtendes 3 Kitajahr ..... 10
- 16 2.3. AfB Niedersachsen – Jugendbildungsstätten ..... 10
- 17 2.4. AfB Niedersachsen – Ausbau der Studiengänge für Kindheitspädagogik an den  
18 Hochschulen in Niedersachsen ..... 10
- 19 2.5. AfB Niedersachsen - Chancen- und Bildungsgleichheit stärken..... 12
- 20 2.6. AfB Niedersachsen - Bildungsfinanzierung zukunftssicher machen..... 13

21 **3. Verschiedenes..... 14**

- 22 3.1. Bezirk Nord-Niedersachsen – Den ländlichen Raum im Blick..... 14
- 23 3.2. OV Rautheim – Europa: Frieden - Freiheit - Sicherheit - Solidarität - Integration! Rassisten  
24 und Populisten entschiedener entgegentreten! ..... 19
- 25 3.3. Unterbezirk Hildesheim – Für eine Kulturförderung der Vielfalt, des Miteinander und der  
26 Solidarität! – Ein neuer Anlauf für ein Kulturfördergesetz ..... 20

27

# 1. Arbeit und Soziales

## 1.1. OV Helmstedt – Öffnung der gesetzlichen Krankenversicherung für Beamtinnen und Beamte des Landes

Der Landesparteirat möge beschließen:

Das Land Niedersachsen öffnet die gesetzliche Krankenversicherung für neueingestellte Beamtinnen und Beamte. Auf Wunsch können Beamte und Beamtinnen des Landes statt Beihilfe künftig den hälftigen Beitrag zu einer gesetzlichen Krankenversicherung erhalten. Dabei folgt Niedersachsen dem bereits umgesetzten Modell in Hamburg.

### **Begründung:**

Beamte und Beamtinnen in Niedersachsen müssen sich bisher im Rahmen des Beihilfesystems zwangsweise privat versichern. Die Wahlmöglichkeit, sich unter den üblichen Bedingungen gesetzlich krankenversichert zu sein besteht für Beamte des Landes Niedersachsen bisher nicht. Die Stadt Hamburg hat als erstes Bundesland nun die Möglichkeit eröffnet, auch für Beamtinnen und Beamte den Arbeitgeberbeitrag zu zahlen. Diesem Modell sollte sich das Land Niedersachsen anschließen. Dadurch eröffnen sich für Beamte mehr Wahlmöglichkeiten und das System der gesetzlichen Krankenversicherung wird gestärkt.

### **Beschluss (einstimmig):**

*Erledigt durch Beschlussfassung des Landesparteirates vom 03.11.2018.*

---

## 1.2. Bezirk Nord-Niedersachsen - Übernahme eines Arbeitgeberanteils an den Beiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung von „freiwillig“ gesetzlich versicherten niedersächsischen Landesbeamten\*innen

Das Land Niedersachsen muss eine gesetzliche Regelung (im niedersächsischen Beihilferecht) schaffen, nach der es als Dienstherr der niedersächsischen Landesbeamten\*innen einen Arbeitgeberanteil von 50 % der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung übernimmt.

### **Begründung:**

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat mit seinem Beschluss vom 19.12.2017 bereits eine solche Gesetzesänderung beschlossen, die voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2018 in Kraft treten soll. Das Land Niedersachsen sollte diesem Beispiel nun folgen und eine solche Regelung ebenfalls durchsetzen.

Das Versicherungssystem eines\*r Beamten\*in sieht normalerweise vor, dass eine private Krankenversicherung zusätzlich zur gewährten Beihilfe abgeschlossen wird. Bei Menschen mit

1 Vorerkrankungen oder anderen von der privaten Versicherung festgelegten Gesundheitsrisiken -  
2 die die Versicherer potentiell mehr Geld kosten könnten, als der\*die Versicherte einbringt – behält  
3 sich der Versicherer vor, einen hohen sog. Risikozuschlag zu fordern oder den\*die Beamten\*in  
4 gar nicht erst zu versichern. In diesen Fällen bleibt einem nur eine „freiwillige“ gesetzliche  
5 Versicherung übrig, bei der allerdings der Versicherungsbeitrag in voller Höhe selbst gezahlt  
6 werden muss. Das sind bei einem Einkommen von ca. 1100€ bereits fast 200€. Bei einem\*r  
7 privat versicherten Beamten\*in sind es bei gleichem Einkommen bei der privaten Versicherung  
8 lediglich ca. 90€.

9 Privat versicherte erhalten zwar keinen Zuschuss zu ihren Versicherungsbeiträgen, diese sind  
10 aber niedriger, weil es sich quasi um eine „halbe“ Versicherung handelt. Wenn eine Arztrechnung  
11 anfällt, muss der\*die Beamte\*in sie zunächst selbst begleichen und bekommt dann 50% von der  
12 Beihilfe und die restlichen 50% von der privaten Versicherung erstattet. Da bei der gesetzlichen  
13 Versicherung keine Rechnungen für die spezifischen in Anspruch genommenen Leistungen für  
14 den\*die Versicherte\*n entstehen, kann er die Beihilfe trotz des theoretischen Anspruchs nicht  
15 nutzen.

16 All das stellt eine erhebliche Benachteiligung der gesetzlich krankenversicherten Beamten\*innen  
17 dar.

18 **Beschluss (einstimmig):**

19 *Erlедigt durch Beschlussfassung des Landesparteirates vom 03.11.2018.*

---

### 20 1.3. UB Delmenhorst und Jusos Delmenhorst - Einführung einer 21 Kindergrundsicherung

22 Die Jusos Delmenhorst und der UB Delmenhorst fordern die schrittweise Einführung einer  
23 Kindergrundsicherung in Höhe des dynamischen Existenzminimums von 619€ (2018), bestehend  
24 aus dem sächlichen Existenzminimum (399 Euro) und dem Freibetrag für die Betreuung und  
25 Erziehung bzw. Ausbildung (BEA) (220 Euro). Dieser Betrag ist an die Stelle der bisherigen  
26 Einzelleistungen wie Kindergeld, Kinderfreibeträge etc. zu setzen.

27 Die bisher dafür vorhandene Bürokratie ist abzubauen.

28 **Begründung:**

29 Momentan ist jedes fünfte Kind in Deutschland von Armut betroffen. Unser aktuelles duales  
30 System aus Kindergeld und Kinderfreibeträgen hilft diesen Kindern nicht, weil z.B. den  
31 Kinderzuschlag zu wenige Familien bekommen. Er ist schwierig zu beantragen und hat sehr feste  
32 Einkommensgrenzen. Gutverdienende Familien werden durch Kinderfreibeträge mehr entlastet,  
33 als weniger gutverdienende und das Kindergeld wird SGB II beziehenden Familien auf die  
34 Grundsicherung angerechnet. Mit einer alle Bedarfe abdeckenden Kindergrundsicherung könnte  
35 endlich das diskriminierende Verwaltungsmonster „Bildungs- und Teilhabegesetz“ ersatzlos  
36 wegfallen.

1 Nach dem Konzept des Bündnis Kindergrundsicherung DSGF e.V. würden durch die Einführung  
2 der Kindergrundsicherung insgesamt Kosten in Höhe von 108,9 Mrd. Euro, von denen ca. 100  
3 Mrd. Euro durch den Wegfall der bisherigen Familienleistungen, den Rückfluss aus  
4 Steuereinnahmen und den Wegfall der Ehegattensplittung gegenfinanziert werden können,  
5 anfallen. Des Weiteren ist die Einführung der Kindergrundsicherung mit dem Wegfall von  
6 Bürokratiekosten verbunden, durch den Abbau der für die bisherigen Einzelleistungen  
7 zuständigen Behörden. Außerdem sollten einigen negativen Auswirkungen von Armut auf  
8 Gesundheit, soziale Teilhabe und Bildung durch die Kindergrundsicherung entgegengewirkt  
9 werden, die momentan kostenintensiv bekämpft werden müssen.

10 Aber vor allem kämen Kinder aus den Bedarfsgemeinschaften nach Hartz IV heraus und müssten  
11 mit ihren Geldern aus der Kindergrundsicherung nicht mehr die Bedarfe ihrer Familie mit  
12 bedienen

13 Wir wollen sicherstellen, dass allen Kindern eine Gleichbehandlung zu Teil wird, damit alle Kinder  
14 gleiche Chancen auf Bildung und ein gutes Aufwachsen haben.

15 ***Beschluss (einstimmig):***

16 *Erledigt durch Beschlussfassung.*

---

#### 17 **1.4. OV Rautheim – Gute Leute-Gute Arbeit-Gutes Geld**

18 Der Landesparteirat möge beschließen:

19 Die SPD Niedersachsen sowie die niedersächsische SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert,  
20 sich auf allen politischen Ebenen aktiver dafür einzusetzen, dass der öffentliche Dienst sowie die  
21 gute Arbeit, die die Beschäftigten im öffentlichen Dienst für die Menschen in Niedersachsen  
22 leisten, um das Gemeinwohl, die Daseinsvorsorge, die Innere Sicherheit, die Bildung, die Pflege  
23 (und weiteres), also insgesamt unser Gemeinwesen zu gewährleisten, auch dementsprechend  
24 anerkannt werden.

25 Dazu gehört (nicht abschließend):

26 1. Kein öffentliches "Bashing" gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

27 2. Gegen ungerechtfertigte Angriffe, Unwahrheiten und Verunglimpfungen gegen den öffentlichen  
28 Dienst, die oftmals insbesondere den Beamtenbereich betreffen, muss seitens der SPD aktiv  
29 gegengehalten werden. Den Menschen muss der Wert eines gut funktionierenden Ö.D.  
30 verdeutlicht werden.

31 3. Gute Sachausstattung, ausreichend Personal, gesunde Arbeitsplätze und Liegenschaften  
32 müssen gewährleistet werden.

33 4. Keine weiteren Privatisierungsbestrebungen von Aufgaben, die in den Bereichen Sicherheit  
34 und Daseinsvorsorge liegen.

- 1 5. Gerechte Bezahlung und "Schritthalten" an der allgemeinen Einkommensentwicklung. Dazu  
2 gehört unter anderem  
3  
4 a.) ein angemessener Tarifabschluss und die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf den  
5 Beamtenbereich,  
6 b.) die Wiedereinführung einer Sonderzahlung/Weihnachtsgeld für den Beamtenbereich  
7 (s. Beschluss des SPD-Landesparteitages v. 14.04.2018),  
8 c.) ein sofortiges Konzept der SPD Niedersachsen für eine verfassungsgemäße Besoldung in  
9 Niedersachsen (s. Beschluss des Bundesverwaltungsgerichtes aus 2018),  
10 d.) Perspektiven für die Entwicklung von Tarifbeschäftigten
- 11 6. Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Intensivierung des Gesundheitsmanagements,  
12 Befassung mit zeitgemäßen Arbeitszeiten, die Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren.
- 13 7. Stärkung von Betriebs- und Personalräten
- 14 8. Aktiver Einsatz der SPD Niedersachsen für die Wiedereinführung gemeinsamer  
15 Tarifverhandlungen für Bund/Kommunen und Länder sowie für eine Modifizierung der  
16 Föderalismusreform, die die Abschaffung der negativen Auswirkungen der Konkurrenzen der  
17 Länder und des Bundes zum Ziel hat.
- 18 9. Engere Zusammenarbeit mit dem DGB und den DGB-Gewerkschaften für den öffentlichen  
19 Dienst, mit klaren Vereinbarungen, die auch eingehalten werden.

20 **Begründung:**

21 Die Attraktivität des öffentlichen Dienstes schwindet. Die Arbeitsbedingungen sind stark  
22 verbesserungswürdig. Den öffentlichen Dienst gibt es nicht zum Selbstzweck, die Leistungen für  
23 die Menschen müssen erhalten und ausgebaut werden, das ist ihr berechtigter Anspruch. Ohne  
24 den persönlichen Einsatz, ohne das Engagement der Beschäftigten und ohne ihre  
25 Improvisations- und Innovationsfähigkeit wäre das Gemeinwesen und die Daseinsvorsorge  
26 gefährdet, teilweise ist sie das sogar jetzt schon trotz des persönlichen Einsatzes.

27 Daneben muss auch die gute Arbeit des öffentlichen Dienstes besser bewertet und bezahlt  
28 werden. Die sogenannte Arbeitsplatzgarantie ist für die Aufgabenwahrnehmung notwendig und  
29 nicht überflüssig, wird allerdings auch von der Politik oftmals als Neidargument missbraucht. Es  
30 geht auch bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht um hochtrabende,  
31 ungerechtfertigte und überzogene Ansprüche, sondern um die Gestaltung und Finanzierbarkeit  
32 des täglichen Lebens; die meisten Menschen im öffentlichen Dienst sind keine Hochverdiener!

33 Das Land Niedersachsen hinkt mit anderen Bundesländern um ca. 8 % hinter der  
34 Einkommensentwicklung anderer Bereiche hinterher. Der aktuelle DGB-Besoldungsreport belegt  
35 zudem, dass die Gehälter der niedersächsischen Beamten/-innen im Länder-/Bund-Vergleich an  
36 13. oder 14. Stelle liegt. Das Bundesverwaltungsgericht hat mit seiner Entscheidung Ende 2018  
37 festgestellt, dass die Besoldung in Niedersachsen verfassungswidrig ist.

38 Klar gemacht werden muss auch, was die verfassungsrechtlichen Unterschiede der  
39 unterschiedlichen Bezahlssysteme (Tarif/Besoldung) sind und was den Steuerzahler die  
40 Überführung in eine sogenannte "Bürgerversicherung" kosten würde.

1 Ohne einen guten öffentlichen Dienst werden die Populisten und Rassisten gestärkt und unsere  
2 Gesellschaft weiter auseinanderdividiert. Andere Länder in Europa und darüber hinaus schauen  
3 bewundernd auf die "deutsche Gründlichkeit", auf den guten öffentlichen Dienst.

4 Es kann der SPD in Niedersachsen nicht egal sein, dass "Schlechtredner" noch mehr  
5 Oberwasser erhalten und dass Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen von  
6 Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern mitleidig belächelt werden.

7 Es besteht also dringender Handlungsbedarf!

8 Gute Leute - Gute Arbeit - Gutes Geld! Das muss auch für Niedersachsen gelten!

9 **Beschluss (einstimmig):**

10 *Annahme mit Änderung von Punkt 1.:*

11 Wir verwahren uns gegen jegliches ~~Kein~~ öffentliches "Bashing" gegen die Beschäftigten des  
12 öffentlichen Dienstes.

---

## 13 1.5. OV Heemsen – Digitalisierung in der Arbeits- und Lebenswelt – 14 Rechtliche Sicherungsmaßnahmen

15 Der Landesparteirat der SPD Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass sich die  
16 Bundesparteiebene sowohl als Koalitionspartner\*in innerhalb der Bundesregierung als auch als  
17 Bundespartei für die Bildung einer Digital-Charta bzw. entsprechender Gesetze bzw. der  
18 Überarbeitung/Ergänzung/Erneuerung vorhandener rechtlicher Regelungen im Arbeits- und  
19 Sozialrecht im Rahmen der zunehmenden Digitalisierung der Arbeits- und Lebenswelten in der  
20 BRD einsetzt und entsprechende Anpassungen zum Schutz und der Absicherung der Menschen  
21 voran treibt.

22 **Begründung:**

23 Wirtschaft und Bildungsfachleute plädieren seit langem dafür, u. a. im ländlichen Raum den  
24 Breitbandausbau voranzutreiben (schnelles Internet für alle) sowie den kompletten Schulbereich  
25 tauglich für die weiteren Digitalisierungsprozesse zu machen.

26 Wenig Aufmerksamkeit aber finden in der öffentlichen Diskussion die weiteren Belange in der  
27 Arbeits- und Lebenswelt.

28 Bereits jetzt ist die Arbeitswelt zunehmend in Digitalisierungsprozesse eingebunden, was  
29 weitreichende Folgen für arbeits- und sozialrechtliche Sicherungssysteme nach sich ziehen kann  
30 und wird. Neben den persönlichen Folgen, wie Arbeitsplatzverlusten, Lohnungerechtigkeiten u. ä.  
31 würden auch die Sozialsysteme einfacher zu unterlaufen sein (Crowd-Working etc.). Neben dem  
32 allgemeinen Hype um die Segnungen der Digitalisierung werden also mögliche (und  
33 wahrscheinliche) Folgen bisher zumindest in der öffentlichen Diskussion völlig außer Acht  
34 gelassen. Betroffen von den Folgen wären in der Regel die klassische Klientel der SPD, die sich

1 nach wie vor in den Reihen abhängig Beschäftigter und damit sowohl in der Industrie als auch in  
2 Pflege-, Bildungs- und Transportdiensten oder Zustelldiensten finden.

3 Beispielgebend für ein mögliches sozialdemokratisches Vorgehen sei hier der Entwurf einer  
4 Digital-Charta der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom Dezember 2016 bzw. April 2017 genannt  
5 ([www.digitalcharta.eu](http://www.digitalcharta.eu)). Der SPD Ortsverein Heemsen im Unterbezirk Nienburg stellt daher diesen  
6 Antrag in der Überzeugung, dass es gerade programmatische Aufgabe der SPD ist, sich hier für  
7 ein entsprechendes Regelwerk konstruktiv und zügig einzusetzen und damit bestmögliche  
8 Sicherungssysteme zu schaffen und unnötige Härten und weitere Armutsrisiken zu vermeiden.

9 ***Beschluss (einstimmig):***

10 *Erledigt durch Beschlussfassung des Parteivorstandes zu Arbeit 4.0.*

11 *Weiterleitung an den Parteivorstand zur Unterstützung der beschlossenen Forderungen.*

---



# 1 2. Bildung

## 2 2.1. OV Himmelsthür - „Die Verbesserung der Qualität in unseren 3 Kindertagesstätten ist uns wichtig und eine Herzensangelegenheit“

4 1. Nach dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertages-  
5 betreuung vom 19.12.2018 hat Kultusminister Grant Hendrik Tonne ausgeführt, dass in  
6 Niedersachsen die 525 Mio. € des Bundes zum großen Teil für die *Beitragsfreiheit* in den Kitas  
7 eingesetzt werden.

8 2. Die Intention des Bundes ist, mit dem „Gute Kita Gesetz“ *die Qualität in den Kitas* zu  
9 verbessern wie z.B.: verbesserte pädagogische Angebote, bedarfsgerechte Betreuungszeiten,  
10 gute Betreuungsschlüssel, qualifizierte Fachkräfte, Stärkung von Leistungskräften, bessere  
11 Sprachbildung oder hochwertigeres Mittagessen.

12 3. Der SPD-Landesverband Niedersachsen fordert die SPD-Landtagsfraktion auf, sich dafür  
13 einzusetzen, dass der weitaus größere Teil der Bundesmittel des „Gute Kita Gesetz“ für die  
14 notwendigen und längst überfälligen Qualitätsverbesserungen in den Kitas eingesetzt wird.

### 15 ***Beschluss (einstimmig):***

16 *Annahme von Punkt 3. in folgender Fassung:*

17 *Der SPD-Landesverband Niedersachsen fordert die SPD-Landtagsfraktion auf, sich dafür*  
18 *einzusetzen, dass der weitaus größere Teil der noch zusätzlich fließenden Bundesmittel des*  
19 *„Gute Kita Gesetz“ für die notwendigen und längst überfälligen Qualitätsverbesserungen in den*  
20 *Kitas eingesetzt wird.*

21 *Punkt 1. und 2. werden Begründung.*

22 *Weiterleitung an die Landtagsfraktion.*

---

## 1 2.2. AfB Niedersachsen – Verpflichtendes 3 Kitajahr

2 Die SPD Niedersachsen und die SPD Landtagsfraktion werden aufgefordert sich für die  
3 verpflichtende Einführung des 3. Kitajahres für alle Kinder einzusetzen.

### 4 **Begründung:**

5 Durch ein verpflichtendes 3. Kitajahr wird eine bessere Qualifikation aller Kinder im vorschulischen  
6 Bereich erreicht. Hierdurch ergeben sich bessere Chancen auf eine erfolgreiche Teilhabe in der  
7 Grundschule. Ebenso werden Hilfen für bildungsferne Schichten ermöglicht.

### 8 *Beschluss (mehrheitlich bei vier Gegenstimmen):*

9 *Ablehnung.*

---

## 10 2.3. AfB Niedersachsen – Jugendbildungsstätten

11 Die SPD Niedersachsen und die SPD Landtagsfraktion werden aufgefordert sich für die  
12 Neueinrichtung und die Unterstützung bestehender Jugendbildungsstätten einzusetzen. Die  
13 hierfür notwendigen Mittel sind bereitzustellen. Für die Arbeit an den Jugendbildungsstätten ist  
14 die Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung notwendig.

### 15 **Begründung:**

16 Jugendbildungsstätten waren und sind Zentren der politischen und kulturellen Bildung von  
17 Jugendlichen. Sie dienen der Ergänzung der schulischen und betrieblichen Ausbildung im  
18 Rahmen eines demokratischen Kontextes.

### 19 *Beschluss (einstimmig):*

20 *Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion.*

---

## 21 2.4. AfB Niedersachsen – Ausbau der Studiengänge für 22 Kindheitspädagogik an den Hochschulen in Niedersachsen

23 Die SPD Niedersachsen und die SPD Landtagsfraktion werden aufgefordert, sich für den Ausbau  
24 von grundständigen Studiengängen „Kindheitspädagogik“ an den Hochschulen in Niedersachsen  
25 einzusetzen. Der Mangel an Fachkräften für frühkindliche Bildung und Erziehung kann hierdurch  
26 mittelfristig gelöst werden. Die gegenwärtige Ausbildung von Erzieherinnen und Erzieher mit dem  
27 Qualifizierungsniveau der Stufe 6 nach dem Deutschen Qualifikationsrahmen an den Fachschulen  
28 für Sozialpädagogik darf durch „billige Lösungen“ zur Behebung des Fachkräftemangels nicht  
29 gefährdet werden. Junge Menschen mit Hochschulreife können nur durch ein Studienangebot für  
30 Kindheitspädagogik für diesen anspruchsvollen Beruf gewonnen werden.

## 1 **Begründung:**

2 Die SPD Niedersachsen muss an der Mindestanforderung der Ausbildung von Erzieherinnen und  
3 Erziehern auf dem Qualifizierungsniveau der Stufe Sechs im Deutschen Qualifikationsrahmen  
4 (DQR) und Europäischen Qualitätsrahmen (EQR) festhalten. Eine duale Erzieher\*innenausbildung  
5 würde zu einer Einstufung in der DQR und EQR Stufe 4 führen und damit die deutsche und  
6 europäische Anerkennung als hoch qualifizierter Beruf verlieren.

7 Die bestehenden hohen Anforderungen der pädagogischen Praxis in den Arbeitsfeldern der  
8 Frühpädagogik sowie die notwendige Vergleichbarkeit dieses Berufsabschlusses in der EU lassen  
9 keine Absenkung der bisherigen Ausbildungswege zu, sondern verlangen eine akademische  
10 Aufwertung dieses Berufes.

11 Die Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) und die Kultusministerkonferenz (KMK) haben  
12 2010 einen „Gemeinsamen Orientierungsrahmen, Bildung und Erziehung in der Kindheit“ mit  
13 einander abgestimmt. Sie sprechen sich in diesem dafür aus, durch den quantitativen Ausbau der  
14 Studiengänge im Bereich „Bildung und Erziehung der Kindheit“, die Zahl der akademisch  
15 ausgebildeten Fachkräfte in den Tageseinrichtungen für Kinder zu erhöhen.

16 Die Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) hat auf ihrer Sitzung am 26/27.05.2011 in  
17 Essen herausgestellt, dass die Studiengänge im Bereich der Bildung und Erziehung in der  
18 Kindheit, für die Weiterentwicklung der Qualität der Arbeit in der Kindertagesbetreuung wichtig  
19 sind, weil in diesen Studiengängen „Theorie und Praxis im Sinne eines systematisch  
20 wissenschaftlich reflektierten Theorie-Praxis -Verhältnisses verzahnt (sind d. Verf.)“ und  
21 Kompetenzen im Bereich der Sozialforschung vermittelt werden. Auch der Aktionsrat Bildung  
22 (2012) sieht in der akademischen Ausbildung einen wichtigen Baustein zur Professionalisierung  
23 des kindheitspädagogischen Praxisfeldes.

24 Die Akademisierung der Ausbildung wird deshalb für notwendig erachtet, weil die fachlichen  
25 Anforderungen steigen:

- 26 • durch die Notwendigkeit der Umsetzung des Bildungsauftrags in Tageseinrichtungen für  
27 Kinder (z.B. durch die Bildungspläne),
- 28 • den Ausbau und die Weiterentwicklung der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für  
29 Kinder unter 3 Jahren, für Kinder von 3 – 6 Jahren und für Kinder im Grundschulalter,
- 30 • durch erforderliche Kooperationen zwischen Tageseinrichtungen für Kinder und  
31 Grundschulen und
- 32 • die stärkere Einbeziehung der Familien in die pädagogische Arbeit.

33 Es ist weiterhin wichtig, dass auch junge Menschen mit Hochschulreife für diesen  
34 anspruchsvollen Beruf gewonnen werden können.

35 Zur Zeit kann in Niedersachsen „Kindheitspädagogik“ nur an wenigen Hochschulen studiert  
36 werden:

- 37 • Kindheitspädagogik, 6 Sem. grundständig, Bachelor of Arts, B.A an der HAWK  
38 Hildesheim,
- 39 • Erziehungswissenschaften mit dem Schwerpunkt Pädagogik der Kindheit/Diversity  
40 Education, Master of Arts, M.A., Stiftungsuniversität Hildesheim, Vollzeit,

- 1 • Frühpädagogik – Leitung und Management in der frühkindlichen Bildung  
2 Bachelor of Arts, B.A in Teilzeit und Kindheitspädagogik BA of Arts in Teilzeit private  
3 Diploma Hochschule Hannover  
4 • Kindheitspädagogik, grundständiger Studiengang an der Hochschule Emden-Leer, BA of  
5 Arts

6 Die Zahl der Studienplätze ist überschaubar. Eine Konsolidierung und Ausbau der bestehenden  
7 Studienangebote für Kindheitspädagogik in Niedersachsen sind unumgänglich, um die von der  
8 KMK und JFMK geforderte Weiterentwicklung der Ausbildung für Fachkräfte in der frühkindlichen  
9 Bildung zu erfüllen.

10 *Beschluss (mehrheitlich):*

11 *Ablehnung.*

---

## 12 **2.5. AfB Niedersachsen - Chancen- und Bildungsgleichheit stärken**

13 Die SPD Niedersachsenn und die SPD Landtagsfraktion setzen sich dafür ein, dass Kinder und  
14 junge Menschen vielfältige Bildungs- und Lebenswelten für die Gewährleistung von Chancen-  
15 und Bildungsgleichheit erhalten.

16 Die Voraussetzung ist die Beteiligung und die Teilhabe für alle Kinder und jungen Menschen.

17 Dafür sind die vielfältigen vorhandenen Strukturen in den Kommunen und des Landes in den  
18 Blick zu nehmen und abzustimmen, um so gelingende Rahmen ressourcenorientiert herzustellen.

19 Dies steht in der gemeinsamen Verantwortung von Kommunen, Land und Bund für gelingendes  
20 Aufwachsen und eine erfolgreiche Bildung in der Gesellschaft.

21 Hierfür sind die finanziellen und personellen Ressourcen für eine Bildungsplanung im Sinne einer  
22 Kinder- und Jugendpolitik der SPD bereitzustellen.

23 *Antrag zurückgezogen durch den Antragsteller*

## 1 2.6. AfB Niedersachsen - Bildungsfinanzierung zukunftssicher machen

2 Die SPD Niedersachsen und die SPD-Landtagsfraktion setzen sich dafür ein, notwendige  
3 Bildungsinvestitionen auch für künftige Generationen zu sichern, indem hinreichende  
4 Steuereinnahmen durch

- 5 • Erhöhung des Spitzensteuersatzes
- 6 • Einführung einer Erbschaftssteuer
- 7 • Einführung einer Transaktionssteuer
- 8 • Beibehaltung des Solidaritätszuschlags für Bildung  
9 generiert werden.

10 *Beschluss (einstimmig):*

11 *Weiterleitung als Material an die Bundestagsfraktion und den Parteivorstand.*

---

# 1 3. Verschiedenes

## 2 3.1. Bezirk Nord-Niedersachsen – Den ländlichen Raum im Blick

3 Niedersachsen ist das zweitgrößte Flächenland unserer Republik. In der Fläche lebt die große  
4 Mehrheit unserer Bevölkerung: Rund 5,2 der 7,8 Millionen Menschen und damit zwei Drittel der  
5 Niedersachsen wohnen in ländlichen Räumen.

6 Wir unterbreiten ein politisches Angebot für alle Menschen in Niedersachsen und gestalten  
7 deshalb eine gerechte, sozial und ökonomisch ausgewogene Landespolitik.

8 Politik für ländliche Räume ist neben der Landwirtschafts- bzw. Agrarpolitik geprägt durch die  
9 Bedürfnisse der Bevölkerung auf dem Lande, in den Gemeinden und Städten. Wir setzen direkt  
10 bei der Lösungssuche der Probleme u.a. mit der täglichen Versorgung, der Mobilität, dem  
11 bezahlbaren Wohnraum und dem Zugang zur Bildung an.

12 Entscheidend für die SPD als Volkspartei ist, dass sie sich als Partei der Regionen in  
13 Niedersachsen versteht. Der Fokus liegt dabei auf Integration und Balance von städtischen und  
14 ländlichen Räumen als vernetzte Regionen. Es geht darum, die Idee von „Stadt und Land – Hand  
15 in Hand“ politisch zu organisieren. Nur so kann die Sozialdemokratie politisch wirken – und dabei  
16 auch selbst für die Menschen erfolgreich sein.

17 Das politische Angebot der SPD wirkt für jede und jeden, da wir dafür sorgen, dass es gleiche  
18 Chancen für alle, unabhängig vom Wohnort geben soll.

### 19 Dorf- und Stadtentwicklung in Einklang bringen

20 Wir erleben Niedersachsen als ein Land mit zwei Gesichtern: Zum einen haben wir sich gut  
21 entwickelnde Regionen, die wirtschaftlich und demografisch wachsen. Dort wird der Spielraum  
22 für Zukunftsinvestitionen in kommunale Angebote wie Gemeinschaftseinrichtungen,  
23 Kinderbetreuung, Bildungsinfrastruktur und -ausstattung, Daseinsvorsorge und vielem mehr,  
24 größer.

25 Auf der anderen Seite haben wir Regionen in Niedersachsen, die geprägt sind von  
26 landwirtschaftlicher Nutzung, die eine gesunde Wohnqualität bieten, in denen Kinder fernab von  
27 Straßenlärm und Hektik aufwachsen können und in denen der Erholungsfaktor gleich um die  
28 Ecke liegt. Unsere Aufgabe muss es sein, wesentliche Angebote bei Schulausstattung, -neubau  
29 und -sanierung, Kindergärten und Krippen, Einkaufsmöglichkeiten, Personennahverkehr, Freizeit-  
30 und Kultureinrichtungen genau hier auszubauen, zu stärken und zu fördern. Nur so schaffen wir  
31 gleiche Zukunftschancen für junge Familien im ganzen Land und begegnen dem  
32 demographischen Wandel am ehesten.

33 Unser politischer Anspruch ist es, Ungleichheiten zu korrigieren – wir machen Politik für ein  
34 geeintes Land. Der Auftrag aus dem Grundgesetz, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen,  
35 ist dabei unsere Leidenschaft und Verpflichtung.

1 Politik wird einen Rahmen setzen, damit auch der freie Markt die Interessen der Gesellschaft auf  
2 gleiche Lebensbedingungen erfüllt

3 Wir wissen, dass es starke Interessen in Wirtschaft und Wissenschaft sowie bei Teilen von Politik  
4 und Verwaltung gegen die Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen gibt.

5 Aus rein ökonomischer Perspektive scheint der Verzicht auf die gleichwertige Entwicklung aller  
6 Regionen in Niedersachsen naheliegend. Das freie Spiel der Marktkräfte wird beständig dafür  
7 sorgen, dass urbane Strukturen fortwährend profitieren. Die Zentren unseres Landes können  
8 insbesondere in Zeiten des demografischen Wandels mehr Fachkräfte, mehr Infrastruktur und  
9 zugleich niedrigere Kosten bieten. In der Folge entsteht eine Dynamik, die den Wanderungstrend  
10 in die Zentren verstärkt. Daneben werden ländliche Räume zusätzlich belastet durch die nötige  
11 Versorgungsinfrastruktur bei Energie und überregionalem Verkehr sowie durch die industrielle  
12 Nahrungsmittelproduktion, die die Zentren versorgt.

13 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden dafür sorgen, dass Stärken der  
14 jeweiligen Regionen ausgebaut und die Schwächen minimiert werden.

15 Der ländliche Raum und die sich gut entwickelten Zentren sind Partner auf Augenhöhe. Sie  
16 können voneinander profitieren, wenn wir beide gleichsam fördern.

17 Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse dauerhaft schaffen, und müssen manche  
18 kapitalistischen Prozesse streng begleiten. Ohne die Zentren wird der ländliche Raum ebenso  
19 wenig eine gesunde Entwicklung erfahren, wie die Zentren ohne den ländlichen Raum überhaupt  
20 eine Zukunft haben. Zentren und die sie umgebenden ländlichen Räume gehören zusammen. Sie  
21 bilden eine ökonomische, politische und gesellschaftliche Einheit als Ganzes. Und seine  
22 Wertigkeit erhält diese Einheit aus dem Grad des gegenseitig wertschätzen Miteinanders.

### 23 **Die Lebensrealität anerkennen und die verschiedenen Räume zusammenführen**

24 Menschen leben dort, wo es gute Arbeit gibt – und dort wo für Familien Bildung, Betreuung und  
25 Pflege zur Verfügung stehen. Solange beide Ansprüche an einem Ort oder durch Pendeln  
26 zwischen Stadt und Land erfüllt werden können, besteht wirkliche Wahlfreiheit für den Wohnort.

27 Viele Menschen schätzen das Landleben aufgrund der sozialen Nähe und der Gemeinschaft auf  
28 den Dörfern, der Abgeschlossenheit und Ruhe oder der schönen Natur. Die vielen Neubaugebiete  
29 der vergangenen Jahrzehnte zeigen den Wunsch vieler Familien, im ländlichen Raum zu leben.  
30 Wenn aber das Angebot in ländlichen Räumen sinkt, können städtische Zentren ihren  
31 Wettbewerbsvorteil ausspielen. Dieser Trend ist politisch nachhaltig gestützt worden, weil gerade  
32 die Wohnungsbauförderung fast ausschließlich in den Städten greift. In der Folge erleben wir  
33 vielerorts Leerstände in ländlichen Räumen, während in den Städten bezahlbarer Wohnraum  
34 knapp wird – zusätzlich nimmt dort die soziale Spaltung zu. Das Ergebnis ist ein Land der  
35 ökonomischen und sozialen Gegensätze. Deshalb ist es folgerichtig, den Sozialen Wohnungsbau  
36 auch auf unsere Dörfer auszuweiten. Der Wunsch nach kleineren barrierefreien Wohnungen  
37 nimmt auch aus dem Lande ungebremst zu. Diesem Wunsch müssen wir entsprechen.

38 Die Mobilitätsachsen entscheiden über die Attraktivität des ländlichen Raumes. Dort, wo  
39 Menschen pendeln, müssen Angebote organisiert werden, die Distanzen zwischen Wohn- und  
40 Arbeitsort überwinden. In ländlichen Strukturen werden wir Bildungs-, Betreuungs- und  
41 Pflegeangebote noch besser organisieren.

1 Überall dort, wo wir in den Dialog mit der Bevölkerung eintreten, entwickeln sich passgenaue  
2 Projekte für die Daseinsvorsorge. So entstehen u.a. attraktive Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten  
3 für alle.

#### 4 **Lebendige solidarische soziale Gemeinschaft: auf dem Land gelebt!**

5 Nirgendwo wird das Wort Gemeinschaft so gelebt, wie im ländlichen Raum. Die Bereitschaft zu  
6 helfen und zu unterstützen ist im ländlichen Raum gelebte Praxis.

7 Die Politik hat die Aufgabe dieses zu unterstützen und auszubauen.

8 Unsere Kommunen sind Orte, die in den letzten Jahren aufgrund von veränderten  
9 Lebensansprüchen vielfältige Aufgaben zu bewältigen haben. Das gilt für den Ausbau von  
10 Infrastruktur, Wohnen, Bildung, Kinderbetreuung. Die Kreativität zu individuellen Lösungen ist in  
11 unseren Rathäusern vorhanden. Förderinstrumente sind diesen individuellen Lösungen  
12 anzupassen und zu ergänzen.

13 Unsere Vereine sind in den letzten Jahren zu einem Garanten für soziale Integration geworden.  
14 Sie sind in ihrer Vielfalt gewachsen und decken wichtige Faktoren in unseren Dörfern ab. Das  
15 Angebot hat sich über den sportlichen, den kulturellen Aufgaben weiterentwickelt.  
16 Dorfgemeinschaft kümmert sich um die Versorgung mit Lebensmitteln (Dorfläden) bis hin zu  
17 Bildungsangeboten. Diese Gemeinschaften gilt es zu unterstützen.

18 Der ländliche Raum sieht sich in sozialen Dienstleistungen besonderen Herausforderungen  
19 gegenüber. Die Gesundheitsversorgung und die wohnortnahe Pflege brauchen im ländlichen  
20 Raum eine besondere Aufmerksamkeit und raumangepasste Lösungen. Die bisher schon  
21 vielfältigen Unterstützungen müssen den jeweiligen Räumen und Bedarfen individuell eingesetzt  
22 und ergänzt werden.

#### 23 **Mehr Mobilität auf dem Land - ländliche Räume gut erschließen**

24 Verkehr ist eine zentrale Lebensader unserer Gesellschaft. Egal ob es um die Beförderung von  
25 Personen oder Gütern geht: ländliche Räume brauchen einen guten Zugang zur Mobilität, damit  
26 Menschen dort attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen finden können. Entscheidender  
27 Schlüssel dafür sind eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur mit Straßen, Radwegen und  
28 Schienen und einfach zugängliche öffentliche Mobilitätsangebote für alle.

29 Wir setzen deshalb auf eine kontinuierliche Sanierung sowie einen bedarfsgerechten Neu- und  
30 Ausbau von Straßen und Radwegen auf dem Lande. Das gilt sowohl für die Landesstraßen  
31 selbst, als auch für die Förderung kommunaler Vorhaben durch das Land auf hohem Niveau. Bei  
32 der Mittelverteilung wollen wir künftig den Bedarfen in der Fläche stärker Rechnung tragen. Den  
33 Radverkehr werden wir als Alltagsverkehr aber auch aus touristischen Zwecken vor Ort ausbauen  
34 und fördern.

35 Das Streckennetz der nichtbundeseigenen Eisenbahnen in Niedersachsen muss erhalten,  
36 schrittweise modernisiert und wo Bedarf besteht auch ausgebaut werden, um so den Zugang  
37 ländlicher Räume zur Schiene langfristig zu sichern. Kommunale Finanzierungsanteile bei der  
38 Umsetzung von Reaktivierungsmaßnahmen im Schienenpersonennahverkehr wollen wir  
39 vermindern. Touristische Verkehre auf der Schiene sollen künftig auch vom Land gefördert  
40 werden.



1 Öffentlicher Personennahverkehr auf dem Lande muss mehr sein als bloßer Schülerverkehr. Ein  
2 gut vertaktetes, barrierefreies Busangebot auf Hauptstrecken mit Anschluss an den  
3 Schienenverkehr, ergänzt um flexible bedarfsgesteuerte Angebote wie Rufbusse, kann  
4 zukunftsfähige Mobilität für alle Altersgruppen auf dem Lande gewährleisten. Dazu bieten sich  
5 durch die Digitalisierung und künftig mit autonom fahrenden Fahrzeugen in der Zukunft ganz  
6 neue Möglichkeiten. Die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für die Planung und  
7 Gestaltung des ÖPNV durch die kommunalen Aufgabenträger vor Ort haben wir bereits  
8 verbessert. Der ÖPNV muss aber gerade im ländlichen Raum noch stärker zu einer aktiven  
9 Gestaltungsaufgabe für die Kommunalpolitik werden. Die Einführung der kostenfreien  
10 Schülerbeförderung in der Sekundarstufe 2 trägt zur Beseitigung von Ungleichheiten bei und  
11 verbessert gerade in der Fläche den Zugang zu Bildung.

## 12 **Förder- und Finanzpolitik**

13 In ländlichen Räumen muss die gleiche Infrastruktur wie in städtischen Gebieten allerdings in  
14 mehr Fläche bei einer geringeren Bevölkerungsdichte gewährleistet werden. Hier bedarf es einer  
15 Finanzierungs- und Förderkulisse für ländliche Räume, die die entstehenden höheren Kosten  
16 abbildet. Dazu ist ein Umbau der kommunalen Finanzausstattung notwendig. Dem bisherigen  
17 System gelingt dies nur sehr eingeschränkt. So ist bei einer Neuaufstellung des kommunalen  
18 Finanzausgleichs z.B. der auf Kreisebene bereits eingeführte Flächenfaktor auf die  
19 kreisangehörigen Gemeinden auszudehnen. Insgesamt müssen erwartbare demografische  
20 Entwicklungen mehr Berücksichtigung finden. Dazu gehört auch zu thematisieren, welche  
21 Options- (z.B. Trinkwasserspeicher, Klimafunktionen) und Existenzwerte Landschaften für die  
22 Gesellschaft erbringen, ohne dass diese Leistungen den bereitstellenden Regionen entgolten  
23 werden. Entscheidender Maßstab bleibt für die SPD Niedersachsen die Herstellung gleichwertiger  
24 Lebensverhältnisse in ganz Niedersachsen.

## 25 **Für eine zukunftsfähige und nachhaltige Landwirtschaft**

26 Die Agrarwirtschaft mit ihren nachgelagerten Bereichen ist der zweitgrößte Wirtschaftszweig nach  
27 der Automobilindustrie. Mehr als 60 Prozent der Fläche von Niedersachsen wird  
28 landwirtschaftlich genutzt.

29 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass Niedersachsen diese starke  
30 Stellung behält, nachhaltig ausbaut und unsere Regionen davon profitieren können. Wir wollen  
31 insbesondere die rund 40.000 Familienbetriebe in Niedersachsen in den Fokus rücken, und sie  
32 bei einer generationen- und umweltverträglichen Produktion unterstützen und fördern. Denn die  
33 landwirtschaftlichen Betriebe sind zentraler Bestandteil der ländlichen Räume. Diese Regionen  
34 haben viele Stärken. In weitgehend noch intakter Natur bieten sich hervorragende  
35 Erholungsmöglichkeiten. Lange gelebte soziale Strukturen bieten Ruhe, Platz und ein  
36 Persönliches Umfeld, das einen Wert an sich darstellt.

37 Allerdings verändern sich die landwirtschaftlichen Betriebe, bedingt durch die  
38 Weltmarktentwicklung aber in besonderen Maßen durch die Agrarförderkulisse. Die bäuerlich  
39 geprägte Familienwirtschaft ist vielerorts der industriellen Produktion gewichen. Die Dominanz von  
40 Monokulturen auf Ackerflächen hat dabei verheerende Folgen für die Artenvielfalt. So sind bei den  
41 Vögeln frühere Allerwelts-Arten wie Feldlerche und Kiebitz selten geworden. Der Bestand der  
42 Insekten geht weiter stark zurück. Dies geht einher mit einer verstärkten Belastung der Gewässer  
43 und einer zunehmenden Verschlechterung der Bodenqualität.

1 Die immer größeren Produktionseinheiten führen zu einer konzentrierten Intensivtierhaltung– und  
2 zu einer Weiterverarbeitungsbranche, in der Menschen vielerorts unwürdig und zu geringsten  
3 Löhnen arbeiten müssen und Tierwohl ein Fremdwort ist.

4 Wir wollen eine Gegenstrategie entwickeln. Wir wollen die ländlichen Räume als Wirtschafts-,  
5 Lebens-, Natur- und Erholungsraum erhalten und zugleich ihre Potenziale weiter nachhaltig  
6 ausbauen. Wir setzen auf Strategien zur integrierten ländlichen Entwicklung, die die Förderung  
7 von Bildung, Innovationen, Infrastruktur und Arbeitsplätzen erhält und die Vitalität ländlicher  
8 Räume stärkt. Strukturpolitik, wie wir sie begreifen, verbindet ökologische Ziele und  
9 Agrarförderung stärker miteinander.

10 Wesentlicher Angelpunkt ist hier vor allem die Förderkulisse: Es muss darum gehen, regionale  
11 Produktions- und Vermarktungsketten zu unterstützen, den Tier- und Artenschutz zu fördern  
12 sowie Landwirtschaft und Tourismus stärker zu vernetzen.

13 Das bedeutet, dass das bestehende System der EU-Agrarförderung konsequent so umgebaut  
14 wird, dass es diesen Zielen ebenso selbstverständlich dient wie andere Politikbereiche, die darauf  
15 Auswirkung haben: Agrar- und Ernährungsforschung, Bildung, Natur- und Tierschutzrecht. Wir  
16 halten es für richtig und wichtig, die Förderung breiter auf den ländlichen Raum auszurichten und  
17 stärker an Leistungen für die Gesellschaft zu binden. So sind Natur-, Tier- und Klimaschutz aber  
18 auch Landschaftspflege heute und zukünftig noch zunehmend wichtige Aufgaben guter  
19 Landwirtschaft, die einer deutlich stärkeren Würdigung und Förderung bedürfen.

20 Ohne den ländlichen Raum können die Potenziale der Erneuerbaren Energien nicht annähernd  
21 ausgeschöpft werden, kann die nötige Energiewende nicht gelingen. Das darf aber nicht dazu  
22 führen, dass die Menschen im ländlichen Raum immer weitere Belastungen wie z.B.  
23 Erdgasförderung, Biogaserzeugung, Bodenabbau, Fracking und SuedLink-Trasse zu ertragen  
24 haben, ohne dass die negativen Folgen für die Menschen sowie Natur und Umwelt angemessen  
25 berücksichtigt und siegeschützt werden.

26 Politik für den ländlichen Raum heißt nicht wohlthätige Beseitigung von Defiziten sondern optimale  
27 Entwicklung der vorhandenen Möglichkeiten.

## 28 **Weltoffen und traditionsbewusst: Eine Heimat für neue und alte Landbürgerinnen und** 29 **Landbürger**

30 Zur Zukunft für unsere Dörfer können weitere Neubaugebiete gehören. Wir setzen aber vor allem  
31 auch auf die Weiter- und Umnutzung von Wohnraum und erhaltenswerter ehemals  
32 landwirtschaftlicher Bausubstanz in den Dorfkernen. Dort wollen wir neuen und alten  
33 Landbürgerinnen und Landbürgern Raum für ihr Zuhause geben.

34 Miteinander auf dem Land in Niedersachsen leben, sich engagieren, feiern, weltoffen sein,  
35 Traditionen pflegen und wo nötig auch mal Konflikte lösen: Einander begegnen schafft  
36 Gemeinschaft und Heimat. Es gibt uns Rückhalt, um die Chancen zu nutzen, die uns Europa und  
37 die globalisierte Welt bieten. Deswegen geht es der SPD Niedersachsen darum, neue und alte  
38 Landbürgerinnen und Landbürger zusammenzubringen – egal ob die neuen Landbürger gerade  
39 aus der nächsten Großstadt hinzugezogen sind oder aus Angst um Leib und Leben in  
40 Deutschland Schutz suchen.

1 Menschen zusammenbringen, davon haben alle etwas: Diejenigen, die seit Jahrzehnten hier  
2 leben und Traditionen oder auch öffentliche Einrichtungen aufrechterhalten wollen, und  
3 diejenigen, die in unserer Region ein neues Zuhause suchen und nicht nur ein Dach über dem  
4 Kopf.

5 **Beschluss (einstimmig):**

6 *Annahme.*

7 *Überweisung an die Landtagsfraktion und die zuständigen Arbeitskreise.*

---

### 8 **3.2. OV Rautheim – Europa: Frieden - Freiheit - Sicherheit - Solidarität** 9 **- Integration! Rassisten und Populisten entschiedener entgegentreten!**

10 Der Landesparteirat möge beschließen:

11 Die SPD Niedersachsen sowie die niedersächsische SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert,  
12 sich noch aktiver auf allen parteilichen und politischen Ebenen für ein gerechtes, soziales,  
13 humanes, friedliches und gemeinsames Europa einzusetzen.

14 Dazu gehört (nicht abschließend):

- 15 • Arbeitsbedingungen in ganz Europa verbessern!
- 16 • Rechte von Betriebsräten stärken!
- 17 • Gegen Lohndumping und Ausbeutung von Arbeitskräften!
- 18 • Für ein gerechtes europäisches Vergabesystem!
- 19 • Europäisches Sicherheitskonzept intensivieren gegen Terror, Clankriminalität und  
20 Organisierte Kriminalität!
- 21 • Einsatz für menschenwürdige Migration!
- 22 • Nachhaltige Diskussion, wie wir in Europa zukünftig miteinander leben wollen!

23 **Begründung:**

24 Europa wird von Rassisten und Populisten schlecht geredet. Sie wollen einen Systemwechsel,  
25 ein anderes, ein gespaltenes Europa.

26 Die SPD muss als **die** Europapartei alles dafür tun, damit die Europawahl am 26. Mai 2019 für  
27 Europa, für die Bürgerinnen und Bürger, für die Sicherheit und auch für die SPD nicht zu einem  
28 Desaster wird.

1 Die Konzepte, die es gibt, müssen den Menschen erklärt werden, der Nutzen Europas für alle  
2 Menschen muss noch klarer verdeutlicht werden und es müssen wieder zukunftsfähige Ideen in  
3 umsetzbare Politik entwickelt werden.

4 Nur ein starkes Europa ist ein soziales Europa!

5 **Beschluss (einstimmig):**

6 *Annahme.*

---

### 7 **3.3. Unterbezirk Hildesheim – Für eine Kulturförderung der Vielfalt, des** 8 **Miteinander und der Solidarität! – Ein neuer Anlauf für ein** 9 **Kulturfördergesetz**

10 Unsere Kulturpolitik stellt sich den Herausforderungen einer offenen Gesellschaft. Kunst und  
11 Kultur leisten einen wichtigen Beitrag für das soziale Miteinander, für den Dialog der Kulturen und  
12 sind wichtiger Impulsgeber bei der kulturellen Bildung. Kunst und Kultur dürfen kein Luxus für  
13 wenige sein. Sie sollen ein Angebot für alle Bürgerinnen und Bürger sein, unabhängig von ihrer  
14 Herkunft, ihren Bildungsvoraussetzungen und ihrer sozialen Lage. Wir wollen kulturelle Vielfalt in  
15 allen Regionen unseres Landes schaffen.

16 Um diese Ziele zu erreichen, halten wir auch zukünftig an dem Ziel fest,

- 17 • ein flächendeckendes kulturelles Angebot zu gewährleisten, in dem wir u.a. die Arbeit der  
18 kommunalen und freien Bühnen, der Museen, Orchester, soziokulturellen Szene, Festivals  
19 und Landschaften fördern, dabei die
- 20 • Landesförderung oberzentraler Kulturangebote wie kommunale Theater, Orchester oder  
21 Museen auskömmlich zu erhöhen sowie besonders
- 22 • die Kunst und Kulturangebote zu unterstützen, die der kulturellen Teilhabe aller und der  
23 kulturellen Bildung dienen. Ein Fokus muss dabei auf Projekte mit Kinder- und  
24 Jugendlichen sowie der Integration gelegt werden.

25 Zur Verwirklichung dieser Ziele fordern wir die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag auf,  
26 das kulturpolitische Vorhaben aus dem Regierungsprogramm zur Landtagswahl 2017  
27 aufzugreifen und ein Landeskulturfördergesetz auf den Weg bringen. Hier muss auch geregelt  
28 werden, dass Städte und Gemeinden, die sich überdurchschnittlich für ein breites kulturelles  
29 Angebot engagieren, dauerhaft finanziell entlastet werden.

#### 30 **Begründung:**

31 Niedersachsen hat eine vielfältige Kulturlandschaft. Diese wollen wir erhalten und für eine  
32 verlässliche Finanzierung von Kunst und Kultur sorgen. Die Kultur in Niedersachsen ist eine  
33 gemeinsame Aufgabe von Land und Kommunen. Die Leistung von Städten und Gemeinden, die  
34 ihren Bürgern und Bürgerinnen ein vielfältiges Kulturangebot bieten, sollen vom Land

1 besser anerkannt und finanziell honoriert werden. Zu diesem Zweck wird eine SPD geführte  
2 Landesregierung ein Kulturförderungsgesetz auf den Weg bringen. Damit soll insbesondere eine  
3 gerechtere Finanzierung von Theater, Orchester und Museen in Oberzentren zukünftig  
4 sichergestellt werden, um so auch die bestehenden, historisch begründeten Nachteile von  
5 Städten und Regionen ohne Landeseinrichtungen abzubauen.

6 ***Beschluss (einstimmig):***

7 *Annahme.*

---

1 Die Antragskommission hat am 27. Februar 2019 über die Anträge zum ordentlichen  
2 Landesparteirat am 30. März 2019 in Hannover beraten und ihre Empfehlungen beschlossen.

3

4

5 Dr. Alexander Saipa MdL

6 Sprecher der Antragskommission

7

8 Herausgeber:

9 SPD-Landesverband Niedersachsen

10

11 Verantwortlich:

12 Remmer Hein

13

14

15

16 Kontakt:

17 SPD-Landesverband Niedersachsen

18 Odeonstr. 15/16

19 30159 Hannover

20 Telefon: (0511) 1674-212

21 E-mail: [spd-niedersachsen@spd.de](mailto:spd-niedersachsen@spd.de) oder [nds.orga@spd.de](mailto:nds.orga@spd.de)

22